

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagspreis: 25 241.
Jahr für Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einpolige 37 mm breite Seite 4,- M. Auf Familienanzeigen, Einzeln unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 polige Lin. u. Verträge 2,- M. Bezugsgebühren laut Tarif. Zusätzl. Aufschlag gegen Versandgebühren. Einzelpreis d. Vorabendblattes 0 Pf.

Schreibweise und Hauptvertriebsstelle:
Marientraße 38/40.
Ersch. u. Verlag von Eble & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Schreibweise nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Aufnahme des Eisenbahnverkehrs in Dresden.

Die Störungen im Eisenbahnverkehr im Dresdner Bezirk können jetzt zum großen Teil als überwunden betrachtet werden. Dem Deutschen Eisenbahner-Verband ist es gelungen, die Masse der Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen unter Hinweis auf die am heutigen Montag beginnenden Verhandlungen mit der Regierung über die Überbrückungsmöglichkeiten. Infolgedessen ist auch der Güterverkehr allenthalben wieder im Gange.

So werden am Bahnhof Dresden-Neustadt die Güterzüge seit dem heutigen Vormittag wieder vor die Türen der Schuppen gerollt und ent- bzw. beladen. Der Betrieb auf dem Bettliner Bahnhof wiederholt sich völlig normal ab, und auch auf dem Bahnhof Friedrichstadt, der bis anhin am meisten unter der Arbeitsniederlegung zu leiden hatte, ist der Verkehr, wenn auch noch mit kleinen Einschränkungen, wieder aufgenommen worden. Unter diesen Umständen ist auch die vom Landwirtschaftlichen Landesverband Sachsen zu die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden gerichtete Eingabe an Anhebung der Streit auf Bahnhöfe Meiß, von dem wir im heutigen Morgenblatt berichteten, hat sich übrigens nur auf die Güterbodenarbeiter erstreckt.

Der Personenverkehr mußte in der ganzen Zeit der Betriebsstörung zwar harte Verzögerungen und Einschränkungen erleiden, hat aber doch nie gänzlich geruht. Bis zur Mittagspause des heutigen Montags waren etwa zwei Drittel der Personenzüge im Betrieb. Während am Sonntag noch die Zugzüge größtenteils nur bis zum Vorortbereich durchgeführt wurden, wo die Reisenden in die Vorortzüge umsteigen mußten, werden sie jetzt wieder bis Dresden gefahren. Auch die von hier abgehenden Fernzüge werden seit heute wieder vom Hauptbahnhof abgefahren. Jedenfalls ist die Befürchtung der Reisenden, daß sie ihr Ziel nicht erreichen könnten, jetzt grundlos, doch müssen sie immerhin noch mit Verzögerungen rechnen.

Die Technische Nothilfe hatte angesichts der ersten Tage, die jeden Augenblick den Einbruch erwarten ließ, schon Sonnabend nachmittags alle Vorkehrungen getroffen, um dem Befehl schnellstmöglichst entsprechen zu können. Aber erst am Sonntag vormittag wurde die Technische Nothilfe zu Verhandlungen hinzugezogen, die kurz nach 12 Uhr mittags den Einbruch befristeten. Der Einbruch sollte sich zunächst darauf beschränken,

in einigen Heizhäusern die Lokomotiven zu entschlacken und zu befehlen, damit die bereitstehenden Züge lauffähig gemacht werden konnten. Es gelang in überraschend kurzer Zeit, die geforderte Zahl der Nothelfer nicht nur einzuberufen, sondern auch einzulassen und abmarschierfähig zu machen, sowie den nötigen Schuttschutz herbeizuführen.

Hierzu teilt das Pressamt des Polizeipräsidiums folgendes mit: Es wird behauptet, die Technische Nothilfe habe eingegriffen, sei aber auf höhere Anordnung wieder zurückgezogen worden. Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Anordnung zum Einmarsch der Technischen Nothilfe wurde aber mit Rücksicht auf die Erklärungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Besonderen mit der Wirtschaftsmittelkommission zurückgezogen und zwar auch ohne die Technische Nothilfe in Aktion trat. Gerüchte über angebliche Verhaftungen der Streikleitung sind völlig aus der Luft gegriffen.

Die überraschend schnelle Bereitstellung der geforderten Nothelfer ist um so bemerkenswerter, als es sich einmal um eine Organisation von freiwilligen Hilfskräften handelt und andererseits die Einberufung der Nothelfer an einem Sonntag erfolgte.

Die Eisenbahngeneraldirektion Dresden teilt mit: Der Dresdner Eisenbahnerstreik ist im Abklingen begriffen. In Meißberg ist der Ausstand bereits am Sonntag abend beendet und der Verkehr wieder aufgenommen worden.

Die Technische Nothilfe hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (Vorstand A. Siegel) angehörenden Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, Veranstaltung gegeben, zu heute, Montag, abend 8 Uhr eine öffentliche Versammlung im Saale der „Alhalla“, Freiberger Straße, einzuberufen. Das Referat wird Kollege Kunt von der Berliner Zentralkommission erhalten, der dabei auf die tiefere Beweggründe der gegenständlichen Aktion eingehen und zugleich die Stellung der vorgenannten Gewerkschaft zum Streik und den Lohn- und Gehaltsforderungen der Eisenbahner darlegen wird. Bekanntlich hat die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zwar keine Streikparole ausgesprochen, es aber auch abgelehnt, der Bewegung, deren spontane Charakter ebenfalls wenig ihre Zusammenhang mit der deutschen Erbklassenspolitik bekannt werden könne, in den Arm zu fallen.

Zweite Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Am Konzertsaal des sächsischen Ausstellungspalastes begann heute, Montag, vormittag die zweite Sächsische Landwirtschaftliche Woche Dresden 1922. Trotz der Verkehrshemmnisse war der Saal gut gefüllt. Unter den Anwesenden bemerkte man viele Vertreter der staatlichen und landwirtschaftlichen Behörden, sowie fast alle führenden Persönlichkeiten der sächsischen Landwirtschaft.

Eröffnungsansprache.

Der Vorsitzende des Landeslandwirtschaftlichen Erziehungsrates Dr. Mehnert eröffnete 11 Uhr die Versammlung mit einem Hinweis auf die außergewöhnlichen Umstände, unter denen die Landwirtschaftliche Woche diesmal stattfinden. Es sei unverantwortlich, daß eine kleine Anzahl von Personen in solcher Weise in das Wirtschaftsleben eingreife. Nicht auszusprechen sei es, wenn an anderen Stellen des Reiches ähnliche Dinge vorkommen sollten. Wir könnten nur wünschen, daß so bald als möglich eine energische Hand Wandel schaffe. (Zehr richtig!) Das deutsche Volk habe heute unter dem Zeichen der unglücklichen Rede Poincaré's, des Mannes, der wahrheitsliebend auch in erster Linie die Schuld trage an dem weltverwühlenden Krieg, Dennoch dürften wir nicht den Mut verlieren. Es könne noch viel Hartes und Bitteres kommen, aber wir müssen es ertragen um unseres Volkes und Vaterlandes willen. Es hebe heute schämmer um uns wie vor Jahresfrist. Die große Menge habe noch keine Ahnung davon, wie es mit uns bestellt sei. Viele leben in Sauf und Braus. Wie läche es mit der Landwirtschaft? Die langwierige Aufhebung der Zwangsverwaltung sei noch nicht eingetreten. Das Umklappen der Zeit sei eine andere Art Zwangsverwaltung. Aber solange diese Bestimmungen bestehen, habe der Landwirt alle Befugnisse, ihnen nachzukommen. Das müge es jedoch unserem kleinen Lande, wenn unsere Landwirtschaft ihre Verpflichtungen in ausreichender Weise erfüllen, aber nicht das gesamte Reich daselbe tue, besonders in den Gegenden, wo die Landwirtschaft eine viel größere Rolle spiele als bei uns. Nicht mit Worten allein, sondern mit Taten müssen die Landwirte immer wieder beweisen, daß die Landwirtschaft ohne Zwangsverwaltung das erfüllen könne, was notwendig sei. Also die Lösung zusammenfassen! Die einzige Rettung unseres Volkes liegt im Grunde in der deutschen Landwirtschaft, in der Förderung der Gütererzeugung. Die Landwirtschaft werde einziehen bis zum letzten für das deutsche Vaterland, für seine Erhaltung und seinen Wiederaufbau, für seine gesamte Zukunft. Man dürfe sich aber nicht ergehen in Parteilichkeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Landwirte sollten sich nicht irren lassen, auch nicht durch verlockende Angebote einer gewissen Presse, die auf Unverstand und über Dünkel beruhet. Verlangt werden müsse aber die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der Schutz von Eigentum und Personen. Das Verlangen der Eisenbahn sei ein öffentlicher Standal. Es müge angelehrt werden eine bessere Verständigung von Stadt und Land. Wir sind alle Brüder eines Vaterlandes! Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher müsse abgekürzt werden. Die Landwirtschaft müsse einig und geschlossen sein, und wenn sie von den anderen Berufsständen unterstützt werde, so sei kein Zweifel, daß für die Heimat noch etwas Gutes herauszuholen sei. Also reifliche Einigung aller Kräfte, um wieder zu gelangen zu einem großen, unabhängigen Vaterlande. Das wolle Gott! (Vehementer Beifall.)

Die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft.

Der Redner legte dar, daß das deutsche Volk kein Land noch gar nicht wisse, worum es sich eigentlich handle. Deutschland sei hinsichtlich seiner Ernährung nicht unabhängig vom Ausland geworden, und es habe die Einseitigkeit und Geschlossenheit gefehlt. Frankreich und England hätten gewußt, daß die beste Waffe gegen Deutschland der Hunger sei, und daß es gelingen müsse, einen Keil zwischen die Bürgerleben und die sozialistischen Kreise Deutschlands zu treiben, wenn der endliche Sieg ihnen ausfallen sollte. Die Hungerblockade laufe heute noch schwerer auf dem deutschen Volke, als während des Krieges. Wir die Landwirtschaft aber erbehe sich die Gewinnfrage, es sie alles Mögliche getan habe, die Ernährung vom Auslande unabhängig zu machen. Diese Frage könne leider noch nicht mit einem einfachen „Ja“ beantwortet werden. Welche Wege muß die deutsche Landwirtschaft in Gegenwart und Zukunft gehen? Während des Krieges habe an dem Boden, dem Viehbestand und den Vieherzeugnissen Raubbau getrieben werden müssen, und durch den Friedensvertrag seien dem Mutterlande reiche und wertvolle Provinzen entzogen worden. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung sei nach statistischen Berechnungen auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen, alljährlich erbehe sich in Wirklichkeit aber ein ähnlicheres Bild. Wenn es gelänge, Deutschland hinsichtlich seiner Ernährung unabhängig zu machen, werde es auch den äußeren Gefahren mit verhältnismäßigem Gleichmut entgegenstehen können. Wir würden natürlich kein reiches Volk werden und müßten uns durchkämpfen mit all der Lästigkeit und Entlohnungslosigkeit, die das deutsche Volk in seiner langen Geschichte bewiesen habe. Aber wenn wenigstens die Gefahr des Hungers vom deutschen Volke genommen werde, dann werde man das deutsche Volk wiedererkennen als das arbeitsfreudigste und disziplinierteste Volk der Welt. Das Dilemma der deutschen Landwirtschaft sei nicht bloß eine schöne Geste, sondern wolle eine Tat für das ganze deutsche Volk sein. Es liege kein agrarisches Interesse vor, sondern der Plan sei ein völkerverständlicher Einfluß, die Privatinteressen hinter die Interessen der Allgemeinheit zurückzustellen. Er habe die Ueberzeugung, daß es möglich sei, unsere Produktion mit den gegenwärtigen Mitteln der Wissenschaft und Technik mindestens noch um 50 Prozent anzuheben und auf diese Weise den ganzen Nahrungsbedarf des deutschen Volkes zu decken.

Zuspitzung der inneren Krise im Reich.

Steuerkompromiß oder Sturz des Kabinetts Birih.

Eine Drohhede Loebes an die Birierischen. (Eingeleitet von unserer Berliner Korrespondent.) Berlin, 23. Jan. Der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörende Reichstagspräsident Loeb sprach gestern vor den sozialdemokratischen Arbeitnehmern des geliebten H. C. G. Konzerns über das Thema: Nach Canaris — vor Werner Poincaré, sagte Loeb, sei nichts anderes, als der Graf Richard Frankreich. Loeb habe jetzt Poincaré genannt. Seine Rede beweiße, daß er in diesen zwei Jahren viel angelernt habe. Im Mittelpunkt der Loeb-Rede stand die Hoffnung auf das internationale Vertrauen. Das Kabinett Birih habe auf daran gehen, sich dieses internationale Vertrauen nach und nach zu erwerben. Wenn der 15. Januar ohne Entschlüsse vorübergegangen sei, so verdanken wir das der Erfüllungspolitik des Kabinetts Birih. Jedenfalls habe das Kabinett im Zusammenhang mit der Tätigkeit Rathenau's eine Ermäßigung unserer Reparationslasten von 40 Prozent erwirkt. Innerpolitisch sei das Steuerkompromiß eine bittere Notwendigkeit. Dieses Steuerkompromiß müsse zustande kommen, da die Entente verteilungsfähig sei, Deutschland Steuern in einer Höhe aufzuladen, die nicht geringer seien als in den Siegerländern. Der einzige Weg, der uns übrig bleibe, sei die Zwangsanleihe. Bis zum 27. Januar müßten wir eine Entscheidung abgeben. Deshalb müßten wir uns noch in dieser Woche schlüssig werden, ob wir den Weg der Zwangsanleihe gehen wollen, die uns schrittweise 2 bis 3 Milliarden einbringe. Die Zentrumsführer haben sich diesem Kompromiß ihre Zustimmung noch nicht erteilt, noch weniger die Demokraten. Hinsichtlich des Steuerkompromiß, so wüßte das Kabinett Birih vielleicht schon am Mittwoch Kenntnis zu erlangen. In diesem Falle bliebe nur übrig, entweder Resignation, oder eine Regierung Stresemann, wenn nicht Heßlerich. Sollte das Kabinett Birih gestürzt werden, dann sei die unanfechtliche Notwendigkeit ein enormer Marktschwund. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, die Regierungsmacht zu erlangen. Sie sei nur in die Regierung eingetreten, um das Ansehen zu verhüten, aber nicht, um an die Macht zu gelangen. Auch Weisbaden, Spa und Pöndorf habe sie nur unterworfen, weil sie überzogen sei, daß die Bekämpfung des Ruhrkriegs und die Blockade unter allen Umständen verhindert werden müßten. Die Unabhängigen seien bis zu einem gewissen Grade mit ihr, um das Erfüllungskabinett Birih insallid zu machen. Ohne ihre Hilfe könne dessen Sturz jeden Tag erfolgen.

Die neuen Kantarellänge Loebes müßten nach den letzten Meldungen, die stets von einem günstigen Fortschreiten der Steuerkompromißverhandlungen zu berichten wüßten, einermachen überraschen. Es ist eben doch nicht alles nach den Wünschen der Sozialdemokratie verlaufen, und besonders scheint das Zentrum stark Bedenken zu tragen, müßte den weitgehenden sozialistischen Bedingungen nachzugeben. Jedenfalls muß man die Rede Loebes als eine sehr energische Warnung und Drohung an das Zentrum

auffassen, um es den sozialistischen Wünschen gefügiger zu machen. Es erscheint darum recht durchsichtig, wenn Loeb dem Zentrum die angeblichen Erfolge Birih's vor Augen hält und ihm die Gefahr des Kabinettssturzes sehr eindringlich an die Wand malt. Zwar das Schreckgeheiß einer Regierung Stresemann oder Heßlerich muß herhalten, was im übrigen die Erfolge Dr. Birih's betrifft, so kann man verstehen, daß Loeb sie in den hellsten Farben malt. Wortum über der Hypothese des Nachlassens der Reparationen besteht, ist das Geheimnis Loeb's; denn bisher ist nur ein sehr fragwürdiger und vorläufiger Zahlungsausschuss erzielt worden. Von einer Abwendung der Sanktionen zu sprechen erscheint aber nach den letzten Sanktionsdrückungen Poincaré's um so mehr als verfrüht, als auch Pöndorf in seiner letzten Rede die deutsche Zahlungsfähigkeit grundfänglich anerkannt hat. Es bleibt abzuwarten, ob die Drohhede Loeb's im Zentrum ihren Zweck erfüllt.

Neue Schwierigkeiten über das Steuerkompromiß?

Berlin, 23. Jan. Wieder die Bemühungen, zu einem Steuerkompromiß zu gelangen, wird aus parlamentarischen Kreisen berichtet, daß die Verhandlungen in dieser Frage noch nicht weiter gediehen sind. Man nimmt an, daß neuerdings ernsthafte Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Heute vormittag trat die mehrheitlich sozialdemokratische Fraktion des Reichstages zusammen, um die Frage der Steuerkompromisse zu besprechen. Da die Entscheidung in der Hauptsache bei den Fraktionen des Zentrums und der Mehrheitssozialisten liegt, müßte man der heutigen Sitzung der Sozialdemokraten große Bedeutung beilegen. Auch von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die innerpolitische Lage sich in den letzten 48 Stunden bedenklich zuspitzt habe. Der Vorwärts tritt allen Meldungen entgegen, wonach das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokraten fertig sei. Dieser Optimismus sei unbegründet, denn der Verständigung ständen noch immer die allergrößten Schwierigkeiten entgegen. Die Sozialdemokratie halte daran fest, daß die Väter, die den Rahmen der Verhandlung zusammengefaßt werden, als Ausgleich ein sichtbares Opfer des Festes erfordern, das über die Vorläufe der Verhandlungslage erheblich hinausgehe. Komme eine entscheidende Verhandlung nicht zustande, dann bestehe eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Entscheidung der Sozialdemokratie für die klugen Redner des Zentrums eine große Herrschaft sein werde. Darum seien die letzten Reden der Partei, die die drohende Krise vornehmlich unter außenpolitischen Gesichtswinkeln sehen, über die bisherige Entwicklung der Steuerkompromisse außer Betracht. Zudem sei zu bedenken, daß selbst die so schwierige Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie noch keine Mehrheit schaffe, sondern höchstens einen parlamentarischen Kern, um den sich eine Mehrheit gruppieren könne. Mit einer Verständigung zwischen den beiden Parteien sei man aber noch lange nicht über den Berg. Die zur Dienstag angekündigte Rede des Reichskanzlers im Reichstage über die im Vordergrund stehenden Fragen der inneren und äußeren Politik ist zunächst verschoben worden.